

Thüringische Tageszeitung Anzeiger für Stadt und Land.



Ausgabe täglich abends ausschließlich der Sonntags- und Feiertage. — Bezugspreis bei den Postämtern...

Anzeigenpreis die 6 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 25 Pf., für Stellenangebote und Gelübde...

(Thorner Presse)

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Rathhausstraße Nr. 4. Fernsprecher 57. Brief- und Telegramm-Adresse: „Presse, Thorn.“

Thorn, Donnerstag den 14. November 1918.

Druck und Verlag der E. Dombrowski'schen Buchdruckerei in Thorn. Verantwortlich für die Schriftleitung L. v. Ewald Schwandt in Thorn.

Zuforderungen sind nicht an eine Person, sondern an die Schriftleitung oder Geschäftsstelle zu richten. — Bei Einbringung redaktioneller Beiträge wird gleichzeitige Angabe des Honorars erbeten; nachträgliche Forderungen können nicht berücksichtigt werden.

Zur Laue.

Wie im Napoleonischen Weltkriege das deutsche Kaiserium des Mittelalters sein Ende gefunden, so ist in diesem Weltkriege des wiedererstandenen Reiches Herrlichkeit abermals verfunken.

Für heute aber gilt es, der Wirklichkeit Rechnung zu tragen und gerecht zu werden. Gerade wegen der überlegenen Kraft, die unser Volk gezeigt, haben wir von den Alliierten keine Schonung zu erwarten...

der Kriegsgefangenen ist vereinbart, daß die Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen, die in Holland und in der Schweiz interniert sind, wie bisher fortgesetzt wird.

Bitte um einen baldigen Präliminarfrieden.

Eine neue Note an Wilson.

Die deutsche Regierung hat durch Vermittlung der schweizerischen Regierung an die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika folgende Note gerichtet:

Milderung der Waffenstillstandsbedingungen.

B. L. B. meldet: Nach einem Montag Vormittag 6 Uhr 25 Minuten vom Eiffelturm gegebenen Funkpruch der deutschen Bevollmächtigten an die deutsche oberste Seeresleitung sind in den Waffenstillstandsbedingungen noch einige Änderungen vorgenommen worden.

Das Programm der neuen Regierung.

Ein Aufruf des Rates der Volkskommissare kündigt an: Die Regierung setzt sich die Aufgabe, das sozialistische Programm zu verwirklichen, und verkündet mit Gesetzeskraft: Aufhebung des Belagerungszustandes, so wie aller Beschränkungen des Vereins- und

Versammlungsrechts, auch für Beamte und Staatsarbeiter, Aufhebung der Zensur, freie Meinungsäußerung, Freiheit der Religionsübung, politische Amnestie, Aufhebung der Gefindeordnungen, sowie der Ausnahmegeetze gegen Arbeiter und die Wiedereinführung der Arbeiterschutzbestimmungen.

Die Regierung kündigt ferner an: Fürsorge für ausreichende Arbeitsgelegenheit, Unterstützung von Erwerbslosen, Erhöhung der Versicherungspflicht bei der Krankenversicherung, Bekämpfung der Wohnungsnot, Sicherung geregelter Volksernährung, die Aufrechterhaltung geordneter Produktionen, Schutz des Eigentums gegen die Eingriffe Privater.

Alle öffentlichen Wahlen sollen nach dem gleichen, geheimen, direkten und allgemeinen Wahlrecht nach dem Proportionalssystem für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen erfolgen, auch für die konstituierende Versammlung, über die nähere Bestimmung erfolgt.

Erlaß des Generalfeldmarschalls von Hindenburg an die deutsche Armee.

Der Generalfeldmarschall von Hindenburg hat an die deutsche Armee nachfolgenden Erlaß gerichtet:

An die Armeel!

Der Waffenstillstand ist unterzeichnet worden. Bis zum heutigen Tage haben wir unsere Waffen in Ehren geführt. In treuer Hingabe und Pflichterfüllung hat die Armee Gewaltiges vollbracht. In siegreichen Angriffsschlachten und zäher Abwehr, in hartem Kampfe zu Lande und in der Luft haben wir den Feind von unseren Grenzen ferngehalten und die Heimat vor den Schrecknissen und Verwüstungen des Krieges bewahrt.

Der Waffenstillstandsvertrag verpflichtet zum schnellen Rückmarsch in die Heimat — unter den obwaltenden Verhältnissen eine schwere Aufgabe, die Selbsterziehung und treueste Pflichterfüllung von jedem Einzelnen von Euch verlangt, ein harter Prüffstein für den Geist und den inneren Halt der Armee.

Politische Tageschau.

Die Kaiserfamilie in Potsdam.

Seit der Bildung des Arbeiter- und Soldatenrates in Potsdam ist das Neue Palais seinem Schutze unterstellt. Die bisherige Kaiserin, die Kronprinzessin und einige Prinzen befinden sich dort in völliger Sicherheit, und die Kaiserin beabsichtigt, einem Vertreter des Soldatenrates demnächst ihren Dank für den erfolgten Schutz auszusprechen.

Eine Unterredung mit dem Reichskanzler.

Der Reichskanzler Ebert hatte am Sonnabend eine Unterredung mit dem Vertreter des „Holländisch Neuwesbureau“. Reichskanzler Ebert fasste die Ergebnisse der letzten Tage kurz zusammen und führte u. a. folgendes aus: „Jetzt wird wohl der ärgste Zweifler erkennen, daß es mit der Monarchie und dem Imperialismus in Deutschland vorbei ist.“

Verlegung des Großen Hauptquartiers.

Das Große Hauptquartier ist mit Genehmigung der Regierung durch Hindenburg von Spa nach Homburg vor der Höhe verlegt worden.

Das neue preussische Kabinett.

Der Volkstagrat des Arbeiter- und Soldatenrates hat zu Mitgliedern des politischen Kabinetts in Preußen ernannt: Zur Wahrnehmung der Geschäfte des bisherigen Landwirtschaftsministers die Genossen Otto Braun und Adolf Hofer, der inneren Verwaltung Paul Hirsch und Emil Eichhorn, mit der Wahrnehmung der Großen Berliner Polizeigeschäfte Eugen Ernst, des Finanzministers Dr. Südekum, des Kultusministeriums Adolf Hoffmann und Konrad Hänisch.

Der Sturz der Dynastien.

Wie der „Anhalter Courier“ meldet, hat der Prinzregent am Dienstag für den Herzog Joachim Ernst von Anhalt auf die Thronfolge, sowie für das herzogliche Haus auf das Thronfolgerecht verzichtet und seinerseits die Regenschaft des Herzogtums niedergelegt. Eine neue Regierung wird heute gebildet werden. Fürst Leopold zur Lippe hat dem Thron entsagt.

Der Großherzog von Baden noch nicht zurückgetreten.

Nach Karlsruher Meldungen hat man mit dem Rücktritt des Großherzogs von Baden für die nächsten Tage zu rechnen.

Das Ergebnis der 9. Kriegsanleihe.

Von sehr gut unterrichteter Seite wird der „Post. Ztg.“ mitgeteilt, daß das Ergebnis der 9. Kriegsanleihe 10 Milliarden übersteigt. Kleinere Zeichnungen stehen noch aus, ebenso die Feldzeichnungen, für die die Zeichnungsfrist noch nicht abgelaufen ist.

Keine Annullierung der Arbeitsanleihen.

In der Provinz wird das Gerücht verbreitet, daß die gegenwärtige Regierung, der Rat der Volksbeauftragten, die Absicht habe, Arbeitsanleihen zu annullieren. Die Regierung legt Wert darauf, diese Gerüchte auf das Bestimmteste zu dementieren.

Bürgerausschüsse.

Mit Billigung des Reichskanzlers Ebert wird ein Aufruf des Hansa-Bundes zur unverzüglichen Bildung von Bürgerausschüssen verbreitet. Diese Bürgerausschüsse sollen die Pflicht haben, in Fühlung mit der Reichsleitung und den bestehenden Arbeiter- und Soldatenräten die Wahrung der bürgerlichen Rechte und die volle Gleichberechtigung des Bürgertums zu sichern.





